

Rechnungshof kritisiert Berlin: Fehlende Kontrolle bei Ferienwohnungen!

Der Landesrechnungshof kritisiert die unzureichende Durchsetzung des Wohnraumschutzes in Berlin und fordert Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung.



In einer alarmierenden Enthüllung hat der Berliner
Landesrechnungshof, wie in einem Bericht von rbb24
dokumentiert, die mangelhafte Durchsetzung des Verbots zur
Zweckentfremdung von Wohnraum für Ferienwohnungen
kritisiert. Der Jahresbericht 2024 zeigt deutlich, dass die Bezirke
in Berlin, speziell Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg, nicht
ausreichend gegen illegale Ferienwohnungen vorgehen.
Automatisierte Verfahren, die zur Auswertung von Daten von
Online-Plattformen genutzt werden könnten, werden nicht
effektiv eingesetzt. Auch Hinweise aus der Bevölkerung werden
nicht konsequent bearbeitet, was zu einer unzureichenden
Überwachung führt.

Der Bericht hebt hervor, dass Ordnungswidrigkeiten, die im Zusammenhang mit illegalen Ferienwohnungen auftreten, systematisch verfolgt und mit Geldbußen belegt werden müssen. Als wesentlicher Kritikpunkt wird zudem angeführt, dass die Vorstände großer Landesunternehmen überhöhte Gehälter beziehen, was eine Ungleichheit im Vergleich zu den Senatsmitgliedern darstellt. Hier fordert der Rechnungshof klare Regelungen zur Vergütung unter Berücksichtigung der Unternehmensgröße. Darüber hinaus deckt der Bericht gravierende Bearbeitungsfehler bei der neuen Grundsteuer auf, die zu Nachzahlungen für Hausbesitzer führen könnten.

Finanzielle Kontrolle und Haushaltspolitik im Fokus

Der Landesrechnungshof thematisiert auch die fortdauernde finanzielle Schieflage Berlins und betont, dass der Senat seit Jahren mehr ausgibt, als er einnimmt. In einer Zeit, in der der Senat einen Nachtragshaushalt mit Einsparungen von drei Milliarden Euro verabschiedet hat, wird die Dringlichkeit der Haushaltskonsolidierung besonders deutlich. Dies wird auch von Bundesrechnungshof unterstützt, der die enge Verbindung zwischen den Haushaltsrechten von Bund und Ländern hervorhebt. Die unabhängigen Rechnungshöfe arbeiten gemeinsam, um eine einheitliche Auslegung und Anwendung des Haushaltsrechts sicherzustellen und überprüfen regelmäßig die Einhaltung finanzieller Vorgaben.

Details	
Quellen	www.rbb24.de
	www.bundesrechnungshof.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de